

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Versandstelle: Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Sinterhaus)
Fernruf Lügow 5583/84 / Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 RM.
Bestellungen nur durch die Post / Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch unsere
Versandstelle finden nicht statt



Anzeigengebühr: Die 6 gespaltene mm-Zeile — 25 RM. / Aufnahme nur bei vorheriger
Gebühreneinsendung auf Postfach Berlin W 9 Nr. 10559: Deutscher Steinarbeiter-
Verband, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Sinterhaus) / Blattschluß 15
Sonntags vormittags

37. Jahrgang

Berlin, den 16. September 1933

Nummer 37

Stellung und Wertung des Arbeitnehmers

Sozialpolitik des neuen Deutschland • Völlige Änderung des Arbeitsvertrages Leistungslohn • Schutz der Arbeit • Sozialversicherung

„Arbeit ist Segen!“

Nach der großen Rede des Führers der NSD. und des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Preuß. Staatsrats Walter Schuhmann, M. d. R., in der dieser die unvergänglichen Verdienste der NSD., der „SA. der Betriebe“, würdigte und ehrte, ergriff

Ludwig Bruder,

der stellv. Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, der auch als Beauftragter des Reichsarbeitsministers für das deutsche Krankenkassenwesen und als Reiner der unerhörten marxistischen Übelstände in den Krankenkassen weit bekannt geworden ist, das Wort zu grundlegenden Ausführungen über die Zielsetzung der Sozialpolitik des neuen Deutschland. Mit ihm hat ein wahrhaft Berufener eines der bedeutendsten Kapitel der Aufgaben des neuen Reiches behandelt, und man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß seine Ausführungen in vollem Umfange als richtung- und tempogebend angesehen werden dürften.

Gleich zu Beginn seines Vortrages stellt er die entscheidende Grundhaltung der künftigen Sozialpolitik vor aller Augen hin:

„Sozialpolitik ist Staatspolitik, eines kann vom anderen nicht losgelöst werden; Sozialpolitik ist nicht Fürsorge und Interessenvertretung für eine einzelne Bevölkerungsschicht — sie ist Wahrung des Lebensinteresses des Gesamtvolkes! Sie ist ausgerichtet auf das allgemeine nationale Wollen!“

In der Tat: hier springen, wie Bruder erklärt, auf das schärfste die Gegensätze zu der bisherigen marxistischen Auffassung in die Augen, und sie werden noch deutlicher, wenn der Redner eine Grunderkenntnis des wahren deutschen Sozialismus aufbaut:

„Arbeit ist nicht Last, nicht Mühsal oder Zwang oder gar Schande — Arbeit ist sittliche Pflicht, Arbeit ist Segen! Das Ziel bedakter Verschwenker, nicht arbeiten zu müssen, ist das Drohziel entarteter und deutscher Menschen einer überwundenen liberalistisch-marxistischen Epoche!“

Die Neuwertung des Volksgenossen

„Jedes Volk“, sagt Bruder weiter, „ist so reich, als es Arbeitskraft zweckvoll gestalten kann“, deshalb stehen Pflege und Schutz der Arbeit als sozialpolitische Arbeit im Vordergrund. „Mit dieser sittlichen Neuwertung der Arbeit erhält der Arbeiter im neuen Reich seine hervorragende Stellung, wird er herausgerissen aus vermeintlicher Abhängigkeit oder Minderwertigkeit — er ist nicht Verkäufer der Arbeitskraft, sondern Mitglied eines lebendigen Volksgenossen, Staatsbürger und Volksgenosse!“ Wahrlich, so erscheinen alle sozialpolitischen Fragen, die die Vergangenheit nicht zu lösen vermochte, in einem anderen Licht, als aus dem überwundenen „Denken“ der zerbrochenen marxistisch-liberalistischen Welt — es gilt nicht so sehr, Untertütungen zu schaffen, wichtigiger ist die Beschaffung von Arbeit.

Bruder wendet sich sodann der

Art der Besetzung von Arbeitsplätzen

zu. Arbeiter, die sich zum Nationalsozialismus bekennen und für ihn kämpfen, müssen erst rangig berücksichtigt werden; es handelt sich nicht allein um eine Dankeschuld, sondern auch um eine Verbreitung der tragenden, positiv wirkenden Fundamente des neuen Staates. In diesem Sinne, betont Bruder, müssen auch vornehmlich verantwortliche Stellen in der Wirtschaft mit zuverlässigen Nationalsozialisten besetzt werden — der staatsbejahende deutsche Arbeiter ist wichtiger als der „gebildete“ marxistische Direktor! Volksgenossen, die ihrer nationalsozialistischen Gesinnung wegen sich in den vergangenen 14 Jahren nicht hoch-

arbeiten konnten, müssen gefördert werden. Es ist unerträglich, daß tüchtige Nationalsozialisten stempeln gehen und Marginalen und Kommunisten in Lohn und Brot stehen. In den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen sind deshalb die treuen Kämpfer des Dritten Reiches, SA- und SS-Männer, einzusetzen.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

fällt einer grundlegenden Neugestaltung anheim. Arbeit ist keine Ware, und der Unternehmer soll die Freiheit des schöpferischen Unternehmers erhalten, — rektlos! Aber dafür erhält er volle Verantwortung für die seinem Werk anvertrauten deutschen Arbeitsbrüder. „Wir werden nicht fragen, wie hoch durch seine Tätigkeit sein Bankkonto stieg, man wird ihn aber fragen, wie er für seine ihm anvertrauten Mitarbeiter sorgte! Führung und Besiß verpflichten! Mag keiner diese Verpflichtung gering achten: der völkische Staat verlangt volle Rechenschaft! Diese neue Einstellung zweier bisher feindlicher Teile, die nunmehr Arm in Arm als gleichwertige Partner, aufeinander Rücksicht nehmend, zueinander verpflichtet, wirken, bedingt eine

völlige Änderung des Arbeitsvertrages.

Der Arbeiter ist keine Maschine, darf sich nicht als Sklave fühlen. Er hat als Mitarbeiter seines Unternehmens Anspruch auf gerechten Anteil am Ertrag der gemeinsamen Arbeit. Darin liegt die Ehre des Arbeitsverhältnisses, und darin erwacht jene Arbeitsgemeinschaft, die der marxistisch-liberalistische Staat auf dem Boden des Klassenkampfes nie zu erreichen vermochte. Man brüstete sich einst zwar mit den „Errungenschaften“ der Novembermeuterei von 1918 — nie aber ist es dem Arbeiter schlechter gegangen als in den 14 Jahren des marxistischen Regiments. Der kommende Arbeitsvertrag soll und wird die Grundlage eines glücklicheren und besseren Verhältnisses sein, wenn er aufgebaut wird auf die

Schicksalsverbundenheit von Unternehmer und Arbeiter,

auf dem persönlichen, gegenseitigen Treue- und Vertrauensverhältnis und dem persönlichen Leistungsgrad beider Vertragspartner. Es steht nicht mehr das materielle Interesse beider im Vordergrund, sondern die Treuepflicht zueinander und die Pflicht zur Arbeit und zum Dienst am Gesamtwohl des Volkes. Demzufolge wird der Arbeiter über die ihm vorgeschriebenen Pflichten hinaus all sein Können für Erhaltung und Ausbau seines Betriebes einsetzen — der Unternehmer wird sich auf seine Mitarbeiter verlassen können und sich nicht nur um das wirtschaftliche Wohlergehen, sondern auch um die seelische und sittliche Lage des Arbeiters kümmern. Dieses enge Verhältnis der Kameradschaft bedingt die Überwindung der Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz des Lohnempfängers. Der schriftliche Arbeitsvertrag wird die feierliche Urkunde eines beiderseitigen Treueverhältnisses sein. Kündigungen von langjährigen Arbeitern müssen einer Genehmigung durch eine unabhängige staatliche Stelle unterliegen — nach 10- oder 12-jähriger ununterbrochener Arbeit darf es Kündigungen nur noch aus wichtigem Grunde geben, während der Arbeitnehmer, als der wirtschaftlich Schwächere, kürzeres Kündigungsrecht genießen darf.

Stillelegungen von Betrieben stehen nicht in dem Belieben von einzelnen, sondern unterliegen der Überprüfung durch staatliche Organe. Es gilt, auch älteren und vor allem verheirateten Arbeitnehmern das Recht auf Arbeit zu sichern. Die Belegschaften müssen sich daher aus bestimmten Altersgruppen zusammensetzen. Die Reihenfolge der Einstellungen ist vorzuschreiben: Früher im Dienst Beschäftigte, Kriegsbeschädigte,

Kriegsteilnehmer, Verheiratete, Ledige — die Entlassungsreihenfolge ist demnach klar: Kurzbeschäftigte, Langbeschäftigte, Ledige, Verheiratete, Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte.

Wir bekennen uns zum Leistungslohn!

Zweierlei muß verschwinden: der nur im liberalistisch-marxistischen Zeitalter möglich gewesene Lohn für die am Arbeitsplatz verbrachte Zeit, ferner die Gefahren der Affordarbeit, des Antreibersystems, des Taylorsystems. Wenn die Wertung des Arbeiters von der Leistung ausgeht, so muß auch sein Lohn die Leistung als Grundlage haben. Die unterste Lohngrenze, bestimmt vom notwendigen Existenzminimum, ist zu sichern — der eigentliche Lohn wird hieraus, aus den Leistungszuschlägen, aus der Gewinnbeteiligung, aus Prämien usw. bestehen. Leistungszuschläge bestimmt der Unternehmer unter Mitwirkung der Betroffenen: ein Kontrollrecht ist einzubauen und ein bestimmter Hundertsatz der gesamten Lohnsumme als Leistungszuschläge der Belegschaft auszuschütten. Gewinnbeteiligungen richten sich nach dem Betriebsgewinn. Betriebe von Ausländern sind höher zu belasten als deutsche.

Erholung und Kräftigung des Arbeiters zu neuem Wirken liegt im Interesse der Gesamtheit, des Wertes und des Arbeiters selbst. Ihm ist daher alljährlich ausreichender mehrwöchentlicher Urlaub bei Fortzahlung des Lohnes zu gewähren. Die Arbeitszeit darf nicht mehr allein vom Produktionsbedürfnis bestimmt werden, sondern ebenso sehr von der Notwendigkeit pfleglicher Behandlung der Arbeitskraft. In gesundheitsgefährlichen, unschädlichen und gesundheitsfördernden Betrieben wird die Arbeitszeit unterschiedlich sein. Arbeitspausen müssen der weiteren Erhaltung der Arbeitskraft dienen.

Der Schutz der Arbeit

sieht im Vordergrund den Mutterchutz. Deutsche Kinder müssen von materiell gesicherten und seelisch behüteten Müttern geboren und zu tüchtigen und gesunden Menschen erzogen werden. Aller Arbeiterschutz muß daher bei der Mutter beginnen, sich im Jugendchutz fortsetzen, im Gesundheitschutz im Betriebe vervollständigen. Durch ärztliche Untersuchungen bei der Einstellung von Arbeitskräften muß die Verwendung ungeeigneter Kräfte verhindert, durch ärztliche Dauerüberwachung die Gesundheit der Tätigen geschützt werden. Die Produktion von Giftstoffen und explosiven Gütern ist soweit wie möglich zu unterbinden, die für die Betriebsangehörigen vorhandenen Gefahren sind auf ein Mindestmaß zu beschränken und zu beseitigen. Die Gleichwertung des deutschen Menschen als Arbeiter und als Staatsbürger ergibt eine neue Betrachtungsweise des Persönlichkeitschutzes. An erster Stelle, erklärt Bruder mit besonderem Nachdruck, steht hier

die Wohnungsfrage

Ein gesundes, wehrwilliges und sittlich hochstehendes Volk darf nicht in ärmlichen oder ungesunden Wohnlöchern zusammengedrückt hausen! Vom nationalen und sozialen Standpunkt ist die Förderung des Wohnwesens sozialpolitisch und staatspolitisch von weittragender Bedeutung. Bessere Wohnungen ergeben bessere Heiratsmöglichkeiten, Vermehrung der Geburten, gesündere, tüchtigere Kinder, Wiederaufbau deutscher Kultur, Hebung gesunder Moral, Besserung des allgemeinen Gesundheitsstandes.

Nur in gesunden Wohnungen wächst echtes Heimatgefühl und Vaterlandsliebe! Der 1½- bis 3½-Zimmerwohnungsbau ist zu fördern, Wohnungswucher, Wohnungsverwahrlosung, Boden- und Häuserpekulation sind zu bekämpfen, Zinsherabsetzung und Dezentralisation des Wohnungswezens sind anzustreben, um eine Verbilligung der Wohnungen zu erreichen. Besondere Sorgfalt gebietet die

Notwendigkeit der Unterbindung der Landflucht und der positiven Lösung des Problems der Umgruppierung und Umsiedlung der Industrie. Freiheitsbeengende Werkwohnungen sind durch Arbeiterwohnungsbauten, von mehreren Betrieben gemeinschaftlich mit der öffentlichen Hand durchzuführen, zu ersetzen.

Erziehung und Bildung

— wichtigste Gebiete nationalsozialistischer Sozialpolitik! Jeder Deutsche muß seiner Begabung entsprechend beste Schulung genießen. Sozialpolitische Forderung hierbei ist der Schutz derer, die wirtschaftlich gehemmt waren oder sind, den ihrer Begabung entsprechenden Bildungsgang durchzumachen. Schon in frühester Jugend sind berufliche Begabungen nachhaltig zu fördern. Für die Berufswahl sind dreierlei Voraussetzungen zu prüfen: Begabung, gesundheitliche Eignung und die Arbeitsmarktlage der einzelnen Berufe. Es ist wohlverstandene Wahrung des Gesamtwohles der Nation, Arbeitsstellen mit den begabtesten Kräften zu besetzen;

Die Zuweisung der jungen Menschen in ihre Berufe ist daher nicht mehr allein Sache des einzelnen, sondern auch des Staates;

Berufsberatung und Lehrstellenzuweisung sind daher weitgehendst auszubauen. Grundsätzlich wird jedem Deutschen die Pflicht besonderer Berufsausbildung auferlegt. Im handwerklichen Lehrlingswesen ist zur Steuerung des Anstehens der Lehrlingszucht zu fordern, daß Lehrzeiten nur noch in anerkannten Lehrbetrieben zurückgelegt werden. Die Festlegung des beruflichen Ausbildungslehrganges ist ebenso wichtig, wie die Einführung des Fortbildungsschulzwanges für alle jungen Erwerbstätigen. Neben der beruflichen Ausbildung ist hier die Erziehung zum Staatsbürger von staatsreuen Lehrern durchzuführen. Die Landarbeit ist ebenso wie jede handwerkliche Tätigkeit als gelernter Beruf zu werten.

Ein Stück Sozialismus

Das Wort *Marxismus* wird heute unendlich häufig in den Mund genommen. Auch von recht vielen Leuten, die sich darunter aber nichts Rechtes vorstellen können. Hin und wieder sprechen sie auch das Wort Sozialismus aus, ohne sich viel Kopfschmerzen darüber zu machen. Sie sagen dies Wort aber nie ohne den Zusatz National. Denn Sozialismus allein ausgesprochen, hat etwas Anrüchiges für sie.

Das kommt daher, weil die Anhänger der Lehre des Juden Karl Marx diese fälschlicherweise als Sozialismus bezeichnet haben. Diese Lehre aber schreibt vor, daß alles Privateigentum enteignet werden muß, sie sagt sogar, daß alles persönliche Eigentum zu Unrecht in Besitz genommen worden ist, und daß es deshalb wieder weggenommen werden muß. Karl Marx nennt diesen Prozeß Expropriation der Expropriateure, auf deutsch: Enteignung der Enteigner.

Daß natürlich bei solchem Vorhaben denen der Schrecken in die Glieder gefahren ist, die, ganz gleich, ob auf ehrliche oder unehrliche Weise, zu Besitz gekommen sind, ist verständlich. Sie sind vor langer Zeit einmal sehr energisch gegen die „Sozialisten“ vorgegangen. Man hat sogar einmal die Partei der Anhänger dieser Lehre verboten (Sozialistengesetz), aber dieses Verbot war wirkungslos, im Gegenteil, die „sozialistische“ Bewegung ist erst recht gewachsen. Sie mußte wachsen und konnte nicht unterdrückt werden von solchen, die im tiefsten Wesen der gleichen Anschauung huldigten: der materialistischen Weltanschauung. Sie bangten nur um ihren materiellen Besitz. Sie wehrten sich nur dagegen, daß man ihnen das Geld, das Haus, die Fabrik nehmen wollte.

Vielleicht versteht nun mancher, warum wir Nationalsozialisten immer den Liberalismus, den Kapitalismus und den Marxismus in einen Topf werfen, und weshalb wir den Marxismus als Helfershelfer des Kapitalismus bezeichnen.

Karl Marx verstand unter Sozialismus nichts anderes als eine neue Wirtschaftsordnung, wenigstens sagte er so. Ob einer dumm ist und faul, der andere fleißig und strebsam, der dritte geistig und tüchtig, jedweden einzelnen steht das gleiche Recht zu auf die Güter der Gesamtheit. Keiner darf mehr „verdienen“, jeder hat Anspruch auf die Freuden und Genüsse des Lebens, die bisher nur die „Expropriateure“ gehabt haben, kurz und gut — der Mensch im „sozialistischen“ Staat braucht nicht mehr streben und kämpfen — wir sind alle gleich! Sind die leiblichen Bedürfnisse des Menschen befriedigt, so ist das Dasein erfüllt. Macht alle dem Proletariat gleich, zieht die Hochwertigen herunter zum Proletentum, dann habt Ihr den Staat der Freiheit!

Das Versprechen der Gleichheit aller Menschen hatte natürlich für die vielen, allzuvielen vom liberalistischen Kapitalismus Unterdrückten große Anziehungskraft, die um so größer wurde, je stärker sich die „besitzende Klasse“ dagegen sträubte, dem Arbeiter das freiwillig zu geben, was des Arbeiters ist. „Es wird und muß immer Arme und Reiche geben“, so predigten sie und dachten dabei an nichts anderes, als an materiellen Besitz. Sie wehrten sich dagegen, dem von ihnen Abhängigen sozial vom Ertrag der Arbeit zu geben, daß er sich selbst, seine Frau, seine Kinder ausreichend ernähren und kleiden konnte.

Ist's da ein Wunder, wenn die Irrlehre des marxistischen Sozialismus immer mehr an Boden unter der breiten Masse fand? Die „Bürgerlichen“ verlagten dem Schaffenden aber nicht nur des Leibes Notdurft, sie enthielten ihm auch die geistigen Schätze.

Das Problem der Sozialversicherung

Der Verlust der Arbeitskraft bedingt zumeist für den Arbeiter den Verlust seiner Existenz. Bei Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter usw. hat der, der sein Leben hindurch mit Fleiß, Sachkenntnis und Pflichterfüllung der Mehrung des Volksvermögens und dem Wohle der Gesamtheit diente, ein sittliches Recht darauf, so versorgt zu werden, daß er nicht in Armut sein Leben beschließen muß. Es werden keine Almosen verlangt. Das Anrecht auf nachhaltige Hilfe ist erworben. Das Recht schließt aber auch die Pflicht in sich, daß jeder das Seine tut, um im Regelfall der Hilfe der Gemeinschaft entsagen zu können.

Hilfe gewährt die

Sozialversicherung

In allen Einrichtungen sanierungsbedürftig, harret sie der Reform. Sparsamkeit und Einfachheit in der Verwaltung treten an die Stelle margittischer Geldverschwendung. Klubmöbel und Raumluxus, finanziert von Beiträgen jener, die selber in erbärmlichen Wohnräumen haufen, ist asozial. Dessen haben sich die margittischen Arbeiterverräter schuldig gemacht. Es ist aber auch sozial, unsittliche und ungerechtfertigte Ausnützung der Sozialversicherung zu verhindern. Wer sich mit einer solchen Schuld belastet, ist ein Schädling am Gemeinwohl und verdient härteste Bestrafung. Dabei ist ein Grundsatz wichtig, Bruder stellt ihn in glänzendster Formulierung ganz klar heraus:

„Nur das von einzelnen Volksgenossen aus eigener Kraft nicht tragbare Wagnis des Arbeitslebens bedarf des Versicherungsschutzes; der Nationalsozialismus will den starken, nicht den risikolosen schwächlichen Menschen.“

Es muß von der Sozialversicherung Gewähr geboten werden, daß eingezahlte Beiträge für alle Zeiten gesichert sind. Die Organisation ist auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung aufzubauen. An Stelle zahlloser einzelner Organe mit Mehrheitsbeschlüssen ist die Verantwortlich-

keit der Führung und deren Beratung durch Unternehmer und Versicherte zu setzen. Die Versicherungsrechtsprechung ist zu vereinfachen, der heutige, riesengroße Leerlauf zu beiseitigen. In der Krankenversicherung muß die Sachleitung möglichst gut und möglichst langfristig sein. Riesenkaßen sind zu vermeiden. Der Familienhilfe kommt größere Bedeutung zu als bisher. Sie muß Pflichtleistung sein. In der Unfallversicherung muß besonders der Schwerverletzten und Hinterbliebenen Schutz verschafft werden. Ausgebaute Berufsfürsorge muß dem Verletzten Möglichkeiten bieten, sich zu neuer Erwerbstätigkeit umzuschulen. Die Unfallverhütung bedarf großzügigsten Ausbaues. In der Invalidenversicherung muß das solide Kapitaldeckungsverfahren wieder eingeführt werden. Nur dann ist Gewähr gegeben, daß eingezahlte Geldmittel im Falle des Anspruchs wirklich vorhanden sind. Die Höhe der Invalidenrente muß über der der Wohlfahrtsunterstützung liegen.

Vor uns steht endlich die Aufgabe, eine allgemeine Altersversorgung für alle schaffenden Deutschen aufzubauen.

Die soziale Spannung ist nicht so sehr von der Unzufriedenheit mit dem Lohn bedingt, sondern von der Unsicherheit im Alter. Wer aber im Dienste am Volk alt wurde, hat ein sittliches Anrecht auf einen geordneten Lebensabend erworben, den die Gemeinschaft aller Deutschen in freudiger Leistung sichern muß.

Unerschöpflich, zahllos und schwierig sind die sozialen Probleme, die einer gerechten Lösung harren.

„Aus dem Gegeneinander,“ so schließt Ludwig Bruder unter starkem Beifall der NSD-Amtswalter aus dem ganzen Reich, „muß das Zureinander, aus dem Klassenkampf die Gemeinschaftsarbeit werden! An Stelle sozialer Unsicherheit muß der Glaube an die Sicherheit aller Volksgenossen treten, aus dem Proletentum muß das Herrtentum des arbeitenden Deutschen wachsen! In den Dienst dieser hohen Aufgabe unsere ganze Kraft einzusetzen, sei uns Gelöbnis in dieser Stunde!“
D. Star Krüger.

Vor ungefähr 30 Jahren hat ein hoher Würdenträger das schlimme Wort gebraucht: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Wie verheerend dieser Ausspruch gewirkt hat, ist nicht zu beschreiben. In einem deutschen Lande, das bis dahin noch sehr immun gegen die marxistischen Einflüsse war, hat die Sozialdemokratie nach diesem Bekenntnis der „Bourgeoisie“ erst festen Fuß fassen können. Die jüdisch-liberalistischen Intellektuellen stürzten sich auf dieses gefundene Freßien und wühlten das Beste, das Innerste der Arbeiterschaft auf.

Mit ihrem sicheren Instinkt haben sie das Richtige getroffen. Sie sagten dem schaffenden Volk: Sieh an! Nicht nur die Möglichkeit, dich anständig zu ernähren, wollen sie dir nicht vergönnen, nein, sie wollen dir jede Möglichkeit rauben, aus der Niederung, in der du lebst, durch Weiterbildung herauszukommen. Sie haben das Richtige getroffen. Der Marxismus hat nach diesem Ausspruch einen großen Aufschwung genommen, das mag manchen Leser verblüffen. Er sagt sich mit Recht, daß es merkwürdig sei, wenn die Marxisten mit solchen Argumenten die Arbeiterschaft für ihre Idee gewinnen konnten. Für diese Idee, die nichts anderes als Materialismus zum obersten Gesetz machte.

Wer die deutsche Arbeiterschaft kennt, der weiß auch, wohin sie in ihrem Innersten will. Ihr Streben galt in erster Linie der Gleichberechtigung. Dadurch, daß durch die Ausbeutung, die der Kapitalismus mit ihrer Arbeitskraft betrieb, blieben den Söhnen der Arbeiter die Tore zur geistigen Ausbildung verschlossen. Der Qualitätsarbeiter hungerte selbst nach umfassenderer Bildung mindestens in seinem Fache. Was er selbst nicht erhalten konnte, wollte er wenigstens für seine Kinder schaffen. Dieser Drang nach Aufwärts war den Marxistenführern nicht entgangen, der Widerstand der „Bourgeoisie“ begünstigte die Propaganda und so verfiel der deutsche Arbeiter marxistischer Bildungsarbeit. Er hat zweifellos sehr viel gelernt, aber was er auch in sich aufnahm, war durchwachsen von Materialismus und Klassenkampf. Sie haben in meisterhafter Weise verstanden, die Seele des deutschen Arbeiters zu töten.

Eine Lehre, die das fertigbringt, kann nicht Sozialismus sein. Solche erschütternden Folgen müssen kommen, wenn man die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung als Sozialismus hinstellt.

Wir Nationalsozialisten verstehen unter Sozialismus etwas anderes.

Sozialismus ist Volksgemeinschaft!

In unserem Falle also heißt das, das Anrecht auf geistige Bildung darf nicht das Vorrecht einzelner Volksschichten sein. Im nationalsozialistischen Staate gibt es wohl ein gleiches Recht für alle, die guten Willens sind, aber es gibt nicht die ungerechte Gleichheit aller. Es gibt eine Schicht Bevorrechtigter, aber sie entstammen nicht bestimmten Klassen und Rassen. Bevorrechtigt ist nur der, der Vorzügliches leistet.

Der nationalsozialistische Staat forscht nicht nach, ob der Strebsame, der Tüchtige ein Arbeitersohn oder der Sprößling eines Kommerzienrates ist, sondern er ist verpflichtet, die höchsten geistigen Werte, die im Volke schlummern, herauszuholen, damit sie im Interesse der Gesamtheit des Volkes wirksam werden können; genau so, wie er von jedem einzelnen verlangt, daß er alles, was er in seinem Arbeitsbereich tut, im Dienste seines Volkes tut.

Sozialismus hat mit materiellen Dingen verflucht wenig zu tun.

Sozialismus ist eine geistige Angelegenheit. Gib allen Fähigen, ohne Rücksicht auf ihre Herkunft, die herrlichen Erzeugnisse deutscher Kunst, deutscher Wissenschaft, deutscher Kultur zu kosten, lasse ihn schauen die Schönheit der deutschen Heimat, dann werden wir in absehbarer Zeit nicht mehr von einer Arbeiterseele reden können, dann werden wir von der deutschen Volksseele sprechen.

Das hat Walter Schuhmann gemeint, als er in der Sondertagung der NSD. ausrief: „Die Arbeiterfrage ist nicht eine Frage des Magens, sie ist eine Frage der Seele. Sozialismus ist nicht Wirtschaftsordnung, Sozialismus ist geistige Volksgemeinschaft!“

„Kalender der Deutschen Arbeit 1934“

Herausgegeben vom Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Staatsrat W. Schuhmann, M. d. R. — Verlag der Deutschen Arbeitsfront, Berlin SW 19, Inselstraße 6a. Einzelpreis: nur 50 Pf. Zu beziehen durch den Verbandspressewart.

Der vom NSD.-Leiter Walter Schuhmann herausgegebene „Kalender der Deutschen Arbeit 1934“ steht einzig in seiner Art da. Der literarisch sehr wertvolle Teil wurde bestens von Mag Barthel betreut, für den gesamten Inhalt zeichnet R. E. Hauptein verantwortlich. Aus dem durch seine hervorragende Bildausstattung — unter anderem ganz neue Bilder deutscher Arbeiterköpfe und deutscher Arbeitsstätten — hervorstechenden Inhalt seien einige Aufsätze erwähnt, mit denen sich jeder schaffende Deutsche, ob Arbeiter, Angestellter, Unternehmer, Handwerker oder Gewerbetreibender befassen sollte.

Walter Schuhmann schreibt über den „Sinn des 2. Mai“, Reichsminister Dr. Goebbels über „Freiheit und Brot“, Johannes Engel über „Pflichterfüllung“. Hans Hinkel, M. d. R.,

untersucht die nationalsozialistische Revolution, die er als eine „Revolution des Geistes“ interpretiert. Seine Aufgabe als Treuhänder der Arbeit weiß Wilhelm Borge, M. d. R., herauszuarbeiten und Reichsminister Franz Seidte befaßt sich mit der „Deutschen Arbeit“. Hans Biellas, der Hauptschriftleiter des „Arbeiter-tum“ und Leiter des Presseamtes der Deutschen Arbeitsfront, macht grundlegende Ausführungen über „Die deutsche Arbeiterpresse“. Gruppenführer der SA, Staatsrat Karl Ernst, schreibt über „SA und Arbeit“ und R. E. Hauptein vergleicht den Deutschen mit dem russischen Arbeitsmenschen, Ausführungen, mit denen sich alle die eingehend befassen sollten, die heute noch an den Wahn des Blutbolshewismus glauben. Der Stellvertreter des Führers des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Ludwig Bruder, widmet den Fragen der Volksgesundheit wertvolle Zeilen und Otto Gohdes, der Reichsschulungsleiter der NSDAP. und der DAF, schreibt über die „Wissenschaft in Verbindung mit Arbeit und Volk“. Reichs-senndeleiter Eugen Hadamowsky befaßt sich mit Fragen des Rundfunks und zum Schluß gibt Hauptein noch statistische Berechnungen darüber, welche gewaltige

Mengen Material und welche Ansumme von Arbeitskraft notwendig ist, um die Riefenaufgabe des „Kalenders der Deutschen Arbeit“ herzustellen.

Eine besondere Note erhält der Kalender dadurch, daß er im Kalendarium, für das Rolf Dreves verantwortlich zeichnet, die Toten der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung vollzählig bringt. Die Millionen schaffender Deutscher, die den Kalender benutzen, werden dadurch tagtäglich an diejenigen erinnert, die durch ihren Opfertod erst den neuen Staat der Arbeit mitgeschaffen haben.

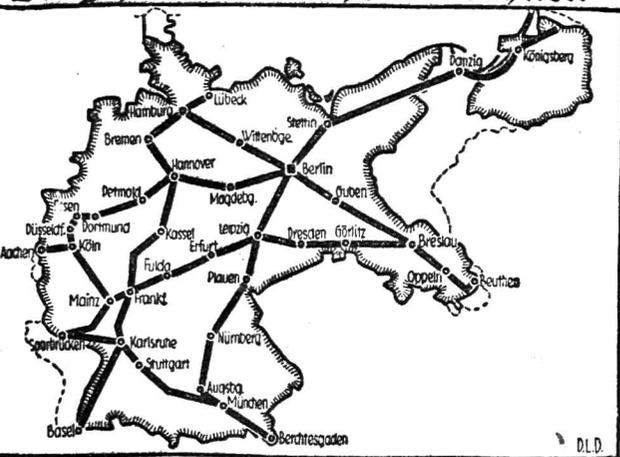
Der „Kalender der Deutschen Arbeit“ gehört in jedes deutsche Haus als eine lebendige Verbindung des schaffenden Volkes mit seinen neuen Führern. Gerhard Starck.

Die neuen Autofernstraßen als Arbeitsbeschaffung für die Steinarbeiter

Von der ungeheueren Arbeitslosigkeit, welche in den letzten Jahren auf der deutschen Arbeiterschaft lastete, wurden die Steinarbeiter mit am schärfsten betroffen. In allen Gruppen der Steinindustrie war dieselbe zu finden. Im Steinmehlgewerbe und in der Marmorindustrie, im Steinstraßenbau, im Steinselegergewerbe, in den Steinbrüchen der Pflaster- und Schotterindustrie, überall ruhte die Arbeit, oder war nur noch ein geringer Bruchteil der normalen Belegschaft in Arbeit. Wie diese sich auswirkte, davon nur einige knappe Hinweise. Nach den Monatsstatistiken des Steinarbeiterverbandes waren im Jahre 1931 durchschnittlich 66,1 Proz. arbeitslos, im Jahre 1932 betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit sogar 72,7 Proz. In den Wintermonaten war dieselbe jedoch erheblich höher und stieg am Jahreschluß 1931 auf 88,2 Proz. und am Jahreschluß 1932 auf 75,1 Proz. Welche Not und Sorgen dadurch in vielen Familien der sonst fleißig tätigen Steinarbeiter schon monate- und jahrelang herrschte, läßt sich kaum schildern. Schon einige Male wurde von den früheren Reichsregierungen die Wirtschaftsanfurbelung durch Arbeitsbeschaffung versucht, um die Not etwas zu beheben, aber die lahmten Versuche blieben immer im Anfangsstadium stecken.

Die neue Reichsregierung, welche nach der Berufung des Führers Adolf Hitler zum Reichskanzler am 30. Januar die Regierung übernahm, hatte deshalb einen schweren Stand. Wird es gelingen, die Millionen arbeitsloser deutscher Volksgenossen wieder in Lohn und Brot zu bringen? Das war das Rätselraten weitester Kreise des In- und Auslandes. Was jedoch in der kurzen Zeit bis jetzt geleistet worden ist, grenzt fast an Unglaubliches. Es konnten innerhalb von vier Monaten bereits über 2,5 Millionen Erwerbsloser wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht werden und immer neue Arbeitsmöglichkeiten werden geschaffen. Ein Teil unserer arbeitslosen Kollegen in den Bruchdistrikten der Steinindustrie sowie im Steinstraßenbau haben ebenfalls schon den Segen der Arbeitsbeschaffung gespürt und Arbeitsplätze erhalten.

Die geplanten Reichsautobahnen



Das gigantische Projekt des Führers, den Bau von Autostraßen für den Fernverkehr durch ganz Deutschland auszuführen, bringt zweifellos auch für die Steinindustrie Aufträge, die Tausenden von Steinarbeitern Verdienstmöglichkeiten gibt. Große Mengen von Steinmaterial werden dabei Verwendung finden zum Auffüllen und Befestigen als Packlage, Schotter oder Pflastersteine. Bei den Gewinnungskosten dieses Materials sind die Arbeitslöhne allein mit 60 bis 70 Proz. zu veranschlagen. Vom Standpunkt der Arbeits- und Verdienstabeschaffung gesehen, ist dieses Projekt deshalb als ganz besonders wirtschaftlich anzupreisen. Daß sich diese Anlagen rentabel erweisen werden und auch verzinsen, darüber dürften bei der Entwicklung des Fernverkehrs durch das Auto kaum Zweifel bestehen.

Als Steinarbeiter müssen wir jedoch noch den berechtigten Wunsch hegen, daß als Straßendecke dabei in weitgehendstem Maße der deutsche Pflasterstein Verwendung finden möge. Auf lange Sicht gesehen, ist die Natursteinpflasterdecke die billigste und doch beste, bringt auch die größte Möglichkeit, arbeitslosen deutschen Volksgenossen löhnende Beschäftigung zu geben. Bei Beton- und Asphaltstraßen sowie bei Teerackadam und ähnlichen Straßen muß ein großer Teil der Arbeit von Maschinen geleistet werden. Bei der Pflastersteinstraße wird der Stein im Bruch vom Pflastersteinhämmer (Kipper) mit der Hand hergestellt und vom Pflasterer auch mit der Hand verlegt. Auch beim Hammer wird Handrampen bevorzugt. Die Güte des deutschen Pflastersteinmaterials ist zum größten Teil erstklassig. Es ist dabei gleich, ob es sich um Granit aus Schlefien, Sachsen oder dem Harz handelt, oder ob Quarzporphyr aus Sachsen verwendet wird. Ebenbürtig sind die Granite aus dem

Groß-Berlin

Am Sonnabend, dem 23. September, um 17 Uhr, findet im Großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engelhofer 24-25, eine

Massenversammlung

aller im Deutschen Steinarbeiterverband organisierten Arbeiter Groß-Berlins statt.

Es spricht: **Hg. Biontek**

Erscheinen ist unbedingt Pflicht! Unorganisierte Volksgenossen mitbringen!

Odenwald, Schwarzwald, Fichtelgebirge und Bayerischer Wald. Ganz hervorragend sind die Basalte und Grauwacke von Westdeutschland. Während z. B. bei Betonstraßen die Druckfestigkeit auf den Quadratzentimeter 600 Kilogramm beträgt, steigt sie bei Granit auf 2800 bis 3600 Kilogramm, bei Basalt sogar auf 4000 bis 5000 Kilogramm. Diese Vergleichszahlen dürften allein genügend belegen.

Bei den Straßendecken wird noch Wert darauf gelegt, daß die Staubeentwicklung möglichst gering ist. Dieses dürfte wohl bei der Asphaltdecke am vollkommendsten erreicht werden. Für die Fernautostrecken glauben wir jedoch nicht, daß der Asphaltbelag in Frage kommen kann. Das Rohmaterial ist vorwiegend ausländisches Produkt, und das Lohnkonto ist dabei nicht sehr hoch, die Haltbarkeit reicht bei weitem nicht an die Pflastersteinstraße heran und billiger wird sie durch die öfters zu erneuernde Decke auch nicht. Bei Regenwetter oder Nebel ist auch die notwendige Verkehrssicherheit nicht so gegeben, weil dann infolge der Glätte des Belages die Gefahr des Schleuderns groß ist und die Bremsen des Autos nicht so wirken können wie auf einer Pflastersteinstraße, wo das Auto infolge der größeren Rauheit der Decke auf kürzester Entfernung zum Stehen gebracht werden kann. Ob bei einer anderen Straßendecke, wie bei einer Betonstraße, Teerackadam oder einer ähnlichen Straßendeckenbefestigung die Anforderungen einer Haltbarkeit auf Jahrzehnte hinaus verbürgt werden kann, ist sehr fraglich. Dieser Beweis müßte erst noch erbracht werden. Für das Natursteinpflaster kann der Beweis jedoch angetreten werden. Es sei hierbei auf die Staatsstraße Leipzig-Murzen hingewiesen. Dort ist Quarzporphyr-Großpflaster verwendet, das schon auf eine Lebensdauer von 50 bis 75 Jahre zurückblicken kann. Eine andere Straße, die Geiselstraße in Köln-Ehrenfeld, aus Basaltpflaster bestehend, liegt schon fast 30 Jahre im schwersten Verkehr ohne Ausbesserung. Keine der neuzeitlichen Straßendecken wird einmal eine solche Lebensdauer aufweisen können. Die Lebensdauer der Pflastersteinstraße muß bei den Herstellungskosten einkalkuliert werden, dann ist die Pflastersteinstraße doch die billigste Herstellungsweise.

Die in den letzten Jahren erfolgten Reduzierungen der Preise für Pflastersteinmaterial sind sehr beachtlich, haben den Tiefstand des Jahres 1924 nach der Stabilisierung der Mark erreicht. So kosteten z. B. Reihensteine erste Klasse aus schlesischen oder lauscher Granit im Jahre 1924 der Quadratmeter etwa 11 bis 12 RM., im Jahre 1926 jedoch 18 bis 21 RM. und 1932 wieder 11 bis 12 RM. Kleinpflaster erste Klasse 9/11 Zentimeter vom gleichen Material 1924 der Quadratmeter 5,30 bis 5,70 RM., 1926: 10,40 RM. und 1932 jedoch nur noch 5,50 RM. Basaltpflaster im Jahre 1924: Reihensteine erste Klasse 9,20 RM., 1926: 17,50 RM. und 1932 noch 12 RM. Kleinpflaster aus gleichem Material erste Klasse 9/11 Zentimeter 5,50 RM., 1926: 9,80 RM. und sank 1932 wieder auf 5,80 RM. je Quadratmeter. Zu diesen großen Preisniedrigungen der Pflastersteine seit dem Jahre 1926 kommen noch die großen Lohnreduzierungen, welche die Arbeiter des Pflastersteinstraßenbaues seit dem Jahre 1930 ebenfalls in Kauf nehmen mußten. Auch dieses dürfte wesentlich zur Verbilligung bei der Herstellung von Pflasterstraßen beitragen. Haben doch die Löhne der Steinseher, Hammer und Hilfsarbeiter seit dem Jahre 1930 eine Senkung von 40 Proz. und noch darüber erleiden müssen. Bei der Ausführung der Straßendecken der Fernautostrecken aus Natursteinpflaster dürften sich deshalb die Herstellungskosten kaum höher belaufen, als bei einer andern Befestigungsart der Straßendecke.

Eine Straßendecke in Qualitätsarbeit, hergestellt aus Kleinpflaster, oder aus Reihensteinen mit Zugenverguß ausgeführt, darf Anspruch darauf erheben, als staubfrei angesehen zu werden. Ebenfalls wird dieselbe auf eine lange Reihe von Jahren hinaus allen Anforderungen des gesteigerten Verkehrs gewachsen sein, ohne Reparaturen zu benötigen.

Es wäre daher zu wünschen und zu begrüßen, wenn bei der Herstellung der Autofernstraßen die deutsche Steinindustrie mit ihrem erstklassigen Material in weitgehendstem Maße herangezogen würde.

Auf Anordnung des Führers werden ja jetzt die Teilstrecken Frankfurt, Darmstadt, Mannheim sowie München, Rosenheim, Reichenhall in Angriff genommen. In nicht weiter Entfernung von diesen Teilstrecken liegen die Gebiete der Steinindustrie Odenwald, Schwarzwald und Bayerischer Wald. Die Arbeitslosigkeit liegt da bei den Steinarbeitern weit über dem Reichsdurchschnitt. Es ist zu wünschen, daß durch diese neue Arbeitsbeschaffung in kürzester Zeit für die dortigen Steinarbeiter eine nicht zu unterschätzende Arbeits- und Verdienstmöglichkeit geschaffen wird. Dr.

Tarifabschluss über die Arbeitsbedingungen im Wirtschaftsgebiet Bayern

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Bayern München, den ... 19... Brienner Str. 50/2.

Nr. T — IV — 11/8 — 826 —

Gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933 (RGBl. I, S. 285) in Verbindung mit § 2 der Durchführungsverordnung zum Gesetz über Treuhänder der Arbeit vom 13. Juni 1933 (RGBl. I, S. 368) bestimme ich:

Zwischen dem Verband Bayerischer Granitwerke e. V. in Berned und dem Deutschen Steinarbeiterverband, Verbandsbezirk Bayern, gilt, mit Wirkung ab 1. Juli 1933, der zwischen dem Verband Bayerischer Granitwerke e. V. in Berned und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

zur Regelung der Arbeitsbedingungen für die in den Granitstelefabriken in Bayern beschäftigten Arbeiter am 18. Dezember 1931 abgeschlossene Landestarifvertrag und die dazu gehörige Lohnregelung vom 28. Juni 1932 und 7. Januar 1933 mit der Maßgabe, daß

1. auf Grund der zur Zeit noch bestehenden Notlage der Betriebe

a) für das Jahr 1933 nur 50 Proz. — fünfzig Prozent — des im Tarifvertrag vom 18. Dezember 1931 festgesetzten Urlaubs gewährt wird;

b) für die Bearbeitung von Auslandsaufträgen Lohnabschläge bis zu höchstens 20 Proz. — zwanzig Prozent — vereinbart werden können. Dabei ist Voraussetzung, daß der Verdienst des betreffenden Arbeiters in der Regel die Verdienstgrenze nicht unterschreitet, die er unter Zugrundelegung der für diese Aufträge zuständigen Lohnsätze erreicht;

2. diese Regelung bis auf weiteres gilt und mit zwei-monatiger Frist, erstmals zum 30. April 1934, gekündigt werden kann.

München, den 23. August 1933.

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Bayern. gez. Hartmann.

Beglaubigt: Der Geschäftsführer. gez. Koller.

Verbandsamtliche Mitteilungen

Erst durchlesen — dann anfragen!

Betr. Verbandsbücher

In letzter Zeit treffen fast von sämtlichen Ortsgruppen Gesuche ein um Rücksendung der zur Nachprüfung über die Amnestieberechtigung an die Verbandsleitung eingereichten Verbandsbücher. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die an die Verbandsleitung gesandten Verbandsbücher nicht mehr zur Rücksendung kommen. In allen Fällen, in denen die Amnestie bis zum 31. Juli 1933 gerechtfertigt war, sind den Mitgliedern für die abgelieferten alten Verbandsbücher Interimskarten auszustellen mit dem Vermerk: Fortsetzung von Buch Nr. ... (Amnestie).

Gleichzeitig weise ich noch einmal darauf hin, daß die Amnestie mit dem 31. Juli 1933 ihren endgültigen Abschluß gefunden hat und nach diesem Termin in allen Fällen nur noch Neueintritt in Frage kommt.

Betr. Sterbeunterstützung

Bei Anträgen auf Sterbeunterstützung ist neben der Einreichung des Mitgliedsbuches in jedem Falle die Verbands-todesanzeige (zur Bekanntmachung im „Steinarbeiter“) und die Sterbeurkunde einzuwenden. Gleiche Bedingungen gelten auch jetzt, unter Fortfall der Verbands-todesanzeige, für die Ehefrau. Anträge auf Sterbeunterstützung nur durch Einreichung des Totenscheines und ohne Sterbeurkunde finden keine Erledigung.

Betr. Materialbestellungen

Aufnahmescheine und Interimskarten werden von uns nunmehr nur noch den Verbandsbezirksleitern zugestellt, die sie auf die einzelnen Ortsgruppen und Kreisleitungen zur Verteilung bringen. Bestellungen dieser Art sind also nur noch an die zuständigen Verbandsbezirksleitungen zu richten.

Durch Herausgabe neuer Invalidenantragsformulare, sowie Erwerbslosenmeldeformulare sind die alten mit dem Aufdruck „Zentralverband d. St. Dtsch.“ nicht mehr zu verwenden. Die neuen Formulare sind den Bezirksleitern bereits zugestellt worden und sind gleichfalls nur von diesen zu beziehen. Alles weitere Material befindet sich im Augenblick noch im Druck und wird nach Fertigstellung den Bezirksleitern zur Verteilung an die Kreisleitungen und Ortsgruppen zugestellt werden.

Verlorengegangenes Mitgliedsbuch

Das Mitgliedsbuch Nr. 3764 des Wilhelm Steinhilber ist verlorengegangen und wird hiermit für ungültig erklärt. Adler, Verbandschriftwart.

Anordnung für die Kreisleiter

Es wird den Kreisleitern ein für allemal verboten, Gelder aus den Ortsgruppenkassen zu entnehmen.

Anordnung für die Ortsgruppen-Finanzwarte und Ortsgruppenleiter

Es wird den Ortsgruppenfinanzwarten und -leitern verboten, irgendwelche Gelder an die Kreisleiter zu zahlen.
Der Verbandsfinanzwart.

Betr. Arbeitslosen- und Kurzarbeiterstatistik

Die Berichtskarten über Kurzarbeiter und Arbeitslosenstatistik müssen in Zukunft außer dem Namen der Ortsgruppe auch den Namen des Kreises und die Nummer des Verbandsbezirks tragen*. Zur Erläuterung sind die Namen und Nummern der einzelnen Bezirke nachstehend aufgeführt.

- | | |
|-------------------|-------------------------|
| 1. Ostpreußen, | 8. Rheinland, |
| 2. Schlesien, | 9. Hessen, |
| 3. Brandenburg, | 10. Mitteldeutschland, |
| 4. Pommern, | 11. Sachsen, |
| 5. Nordmark, | 12. Bayern, |
| 6. Niedersachsen, | 13. Südwestdeutschland. |
| 7. Westfalen, | |

* (Muster) Ortsgruppe (Zahlstelle).

Der Verbandsfachschaftswart
gez. Schöwe.

Betr. Zeitungsverband

Sämtliche Ortsgruppen melden mir sofort die benötigten Exemplare des „Steinarbeiters“ und „Arbeitertums“ getrennt unter Angabe sämtlicher zur Ortsgruppe gehörigen Druckschriften sowie Einzelbezieher. Genaue Adresse, besonders der Unterzahlstellen, sind anzugeben. Die Zeitungen dürfen nur an Mitglieder abgegeben werden, Werbeexemplare sind nur in geringer Zahl zugelassen.

Hoerisch, Verbandspressewart.

Mitteilungen aus den Bezirken u. Ortsgruppen Bezirk 1: Ostpreußen

Zusammen mit dem organisatorischen Aufbau des Verbandes im Bezirk, ist die Errichtung einer Rechtsberatungsstelle erfolgt, die allen Mitgliedern zur Verfügung steht. Mit der fachlichen Leitung dieser Stelle habe ich Rechtsanwalt P. Pischel betraut, der seine Tätigkeit ehrenamtlich ausübt. Die rechtlich einwandfreie Beratung der Mitglieder ist damit gewährleistet.

Zur Herbeiführung einer reibungslosen Arbeit auch auf diesem Gebiet, haben sich alle Rechtsuchenden zunächst an ihre Ortsgruppe zu wenden, von der die Anfragen zunächst bearbeitet werden. Wenn dieses nicht möglich ist, wird die Angelegenheit von dort sofort an die zuständige Kreisleitung gegeben und hier bearbeitet. Ist dieses nach Lage des Falles nicht möglich, so ist an die Beratungsstelle bei der Bezirksleitung Königsberg in Preußen, Barber Rosgarten 61/62, heranzutreten. Von hier aus werden die Anfragen unmittelbar bearbeitet.

Goldap. Zur Herbeiführung einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Verband einerseits und den Arbeitgeber sowie Behörden andererseits, hatte der Kreisbezirk Goldap am 26. August 1933 eine Fachversammlung in Goldap veranstaltet. Anwesend waren der Verbandsbezirksleiter P. Wöllmann, der Landrat des Kreises Dr. von Buchta, der Kreisbaumeister, die Arbeitgeber und die überaus zahlreiche erschienenen Mitglieder. Verbandsbezirksleiter P. Wöllmann (Königsberg) hielt sodann einen eingehenden Vortrag über „Die Deutsche Arbeitsfront“. Landrat Dr. von Buchta gab seiner Freude Ausdruck, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber im neuen Reich endlich zu einer gemeinsamen Front zusammengeschweift sind. Kreisbaumeister Gottlob, der bereits früher für ein befriedigendes Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeberchaft, insbesondere der Kreisverwaltung mit den Arbeitnehmern nachdrücklich eingetreten ist (in letzter Zeit hatte er freiwillig den seiner Ansicht nach nicht auskömmlichen Akkordlohn erhöht), hat die Arbeitgeber und Arbeitnehmer um unbedingte Einhaltung des Achtstundentages. P. Wöllmann gab der Hoffnung Ausdruck, daß das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht nur im Kreis Goldap bestehen bleiben, sondern auch im ganzen Vaterlande recht bald zur Tatsache werden möge.

Bezirk 3: Berlin-Brandenburg

Ab 15. September 1933 ist das Büro wie folgt geöffnet: Montag, Mittwoch und Freitag von 8 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr; Dienstag, Donnerstag und Sonnabend geschlossen.
Edgard.

Bezirk 7: Westfalen

Wattenscheid. Am Sonnabend, dem 16. September, um 20 Uhr im Lokal Epping, Gertrudistraße, findet eine Steinarbeiterversammlung statt. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Unorganisierte Steinarbeiter sowie Ziegelarbeiter sind willkommen.

Bezirk 10: Mitteldeutschland

Die zahlreich bei mir eingehenden Klagen über schlechte Lohnzahlung, Tarifunterbietungen, schlechte Behandlung und Blutsaugereien veranlassen mich, strengstens darauf hinzuweisen, mir nur wahre Tatsachen mitzuteilen. Wenn ich den Sachen auf den Grund gehe, stellen sich die Beschwerden meistens als Geschwätz unverantwortlicher Stänker heraus. In Zukunft gehe ich gegen solche Klatschereien, die geeignet sind, den Betriebsfrieden zu stören, mit aller Strenge vor. Handelt es sich um wirklich berechnigte Beschwerden, dann greife ich durch und bereinige diese gründlich, ich lasse keine Tarifunterbietung zu.

Ich ersuche die einzelnen Ortsgruppenleiter, Anforderungen auf Drucksachen, Interimsstarten, Aufnahmeheine usw. mir in geschlossenen Posten zukommen zu lassen und nicht jeden zweiten Tag Material zu bestellen. Das führt zu ungeheuren unnützen Portoausgaben. Jeder Ortsgruppenleiter weiß und hat festzustellen, welche Formulare ihm fehlen und alles auf einmal, nicht teelöffelweise zu bestellen, heute Scheine, morgen Karten, übermorgen dies und jenes. Die Beitragsmarken sind direkt in Berlin beim Finanzwart zu bestellen, mit dem auch der ganze Kassen- und Abrechnungsverkehr zu tätigen ist und nicht bei mir.

Alle Ortsgruppenleiter haben mir schnellstens mitzuteilen, wie viel Mitglieder die Ortsgruppe jetzt hat, mit welchem Zuwachs in nächster Zeit zu rechnen ist und wieviel Lehrlinge und Jugendliche in jeder Ortsgruppe vorhanden sind. Die Namen und genauen Adressen der Lehrlinge und Jugendlichen sind anzugeben.

In verschiedenen Tageszeitungen Mitteldeutschlands ist eine, gänzlich die heutige Zeit und Notwendigkeit verkennende, Notiz erschienen, die erhebliche Beunruhigung unter der Arbeitnehmerschaft bezüglich der Pflicht zum Eintritt in die Verbände hervorgerufen hat. Arbeitskameraden! Die Reaktion und Kreise, die sich auch national nennen, aber ihr eignes Süppchen im Verborgenen kochen und heimlich der Profitgier weiterfröhnen wollen, die noch nicht begriffen haben, daß unser Führer die Arbeit zum Adel erhoben hat, versuchen, das Werk unseres Führers Adolf Hitler, des Schirmherrn der Arbeit, zu sabotieren und seinem Aufbau der Deutschen Arbeitsfront Widerstand zu leisten. Arbeitskameraden! Laßt euch nichts vormachen. Der Wille unseres Führers bestimmt, daß jeder, der Anspruch auf Arbeit erhebt, seinem Verbands beiträgt und ihm hilft, das Los der Arbeiter zu wenden, die Arbeitslosigkeit nach und nach zu beseitigen und wieder ein großes, fleißiges, deutsches Volk zu schaffen. Darum ist es verdammt Pflicht und Schuldigkeit jedes Arbeiters, in seinen Verband zu gehen und nicht maulend daneben zu stehen. Hezern und Klugschwadern gebt eins aufs Dach. Sie haben 14 Jahre Zeit gehabt, ihre Weisheiten in die Tat umzusetzen. Werbt eifrig und unablässig unter den noch fernstehenden Arbeitskollegen, damit die Arbeitersäule der Deutschen Arbeitsfront groß und stark werde. Denkt daran, daß auch die Unternehmer organisiert sind und sie sind es alle. Da fehlt keiner. Leder, Verbandsbezirksleiter.

Bernburg (Saale). Auszahlung der Invalidenterstützung erfolgt jeden zweiten Sonnabend im Monat, von 11 bis 13 Uhr, im Haus der Deutschen Arbeit, Schulstr. 17, Zimmer 9.

Untenstehendes Bild liefere ich gerahmt und ungerahmt in nachstehenden Größen:

- Größe 13/18 auf Karton 23/30 Stück 1,—, gerahmt 2,70 RM.
- Größe 18/24 auf Karton 28/36 Stück 2,—, gerahmt 4,90 RM.
- Größe 24/30 auf Karton 38/47 Stück 3,—, gerahmt 7,50 RM.
- Größe 30/40 auf Karton 48/57 Stück 6,—, gerahmt 13,50 RM.
- Größe 38/51 auf Karton 58/72 Stück 11,—, gerahmt 25,— RM.

Hg. Casa,

Photo-Werkstatt und Nationalsozialistischer Bild-Vertrieb, Berlin-Wilmersdorf, Sächsische Straße 14. Telephon: Oliva (32) 4376



Kein ist hart!
Karten noch ist unser Willen, den
Wirklichen Arbeiter im Vaterland zu schaffen!
Vorstand
des Deutschen Steinarbeiterverbandes!

Steinack, (Thür.). Am 16. und 17. September findet für die dortige Gegend eine große Werberversammlung mit aufklärendem Vortrag über den Steinarbeiterverband und die Deutsche Arbeitsfront statt. Näheres bringen die örtlichen Zeitungen.

Gestorben

Berlin. Am 26. April 1933 der Kammer Bernhard Sie laff an Altersschwäche. Alter 81 Jahre. (Nachträglich gemeldet.)

Herborn. Am 23. August 1933 der Brecher Hermann Möller durch Unfall. Alter 34 Jahre.

Solnhofen. Am 29. August 1933 der Lithoarbeiter Karl Dittmann an einem Nierenleiden. Alter 74 Jahre.

Streckenbach. Am 16. August 1933 der Steinfeger Hermann Kahl durch Selbstmord. Alter 50 Jahre.

Torgau. Am 29. August 1933 der Kammer Ernst Reiß aus an Magenkrebs. Alter 61 Jahre.

Ehre den deutschen Arbeitskollegen!

Kennen Sie schon

Adolf Hitler, „Mein Kampf“

Zwei Bände in einem Band in Leinen 7,20 RM.

Das grundlegende Werk unseres Führers

Adolf Hitler und seine Kämpfer

288 Brauhennden im Reichstag. Lebenslauf u. Bildervon 288 nationalsozialistischen Führern.

Die Abgeordneten der 8. Wahlperiode vom 5. März 1933 1,50 RM.

Die Abgeordneten der 7. Wahlperiode vom 6. November 1932 1,— RM.

Beide Bände zusammen bezogen 2,— RM.

Feder, Gottfried, Das Programm der NSDAP.

u. seine weltanschaul. Grundgedanken 0,50 RM.

Zöberlein, S., Der Glaube an Deutschland.

Ein Kriegerleben von Verdun bis zum Umsturz. Kartoniert 5,70 RM., Leinen 7,20 RM.

Das Bekenntnis eines einfachen bayerischen Infanteristen aus den schwersten Kämpfen an der Westfront

Zu beziehen durch die

Verlagsabteilung des Deutschen Steinarbeiterverbandes, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12

Bücher für den Beruf

Knoll, A., Geschichte der deutschen Steinarbeiterbewegung. 3 Bände. Mit zahlreichen Abbildungen und 25 Tafeln. In drei Leinenbänden gebunden 30,— RM.

Vollständige Exemplare nur noch wenige vorhanden

— Bd. 1: Geschichte der Straße und ihre Arbeiter. Nur 5,— RM.

— Bd. 3: Geschichte der Organisation d. Straßenbauarbeiter, d. Zünfte, der Verband, die Internationale, die Unternehmerorganisationen. Nur 5,— RM.

Das einzig umfassende Werk unseres Berufsstandes.

Wissell, Rud., Der alten Steinmeyer Recht u. Gewohnheiten. Mit Abbildungen. Halbleinenband. Nur 2 RM.

Wachtmann, G., Aus der Praxis für die Praxis. Kreisbogen- und Parabelabsteckung ohne Kenntnis der Trigonometrie für Poliere und Schachtmeister. 1,20 RM.

— Das Nivellieren für Poliere und Schachtmeister. Mit 23 Abbildungen. 0,80 RM.

Bei Vorauszahlung des Betrages erfolgt die Lieferung portofrei

Zu beziehen durch die

Verlagsabteilung des Deutschen Steinarbeiterverbandes, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12

Verlag und Herausgeber: Deutscher Steinarbeiterverband, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Armin Hoerisch, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. — Druck: Buchdruckwerkstätte G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreißendstraße 5.